

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 33 (1992)  
**Heft:** 12

**Artikel:** Wer stoppt die Serben?  
**Autor:** Pozsgai, Joseph  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093135>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Wer stoppt die Serben?

Ungehindert führen die Serben mit der von ihnen kommandierten Bundesarmee ihren Rachefeldzug im aufgelösten Jugoslawien fort. Seit fast einem Jahr sehen Westeuropäer und Amerikaner praktisch tatenlos dem blutigen Eroberungskrieg der Serben zu. Die kraftlosen diplomatischen Bemühungen der EG-Länder, zwischen den unabhängigen früheren jugoslawischen Republiken und den Serben zu vermitteln, blieben bis heute ohne Erfolg und liessen Belgrad unbeeindruckt.

Diese politische Impotenz hat das Ansehen der Gemeinschaft als Krisenmanager schwer geschädigt. In dieser Situation von einer baldigen Geburt der politischen Union der EG-Länder zu reden, erscheint mehr als paradox: Wenn die EG-Regierung keine Mittel zu einer wirksamen Krisenbewältigung im eigenen Haus, in Europa, finden, wie könnten sie ihre Interessen auf anderen Kontinenten als «neue Weltmacht» verteidigen?

Wie es nun aussieht, müssen wieder die Amerikaner für die Europäer in die Bresche springen, um die wild gewordenen Serben zu stoppen, bevor noch ein grosser

## In dieser Nummer

<b>Einsturz der sozialistischen Utopie</b> .....	4
Zusammenhänge und Folgerungen für die Zukunft	
<b>Forum Medien kritisch</b> .....	6
Gewalt am Fernsehen	
<b>Der Brückenschlag</b> .....	8
Marcel-Aeschbacher-Stiftung hilft integrieren	
<b>Der falsche Weg zur Marktwirtschaft</b> .....	9
J. Pozsgai zur Rolle des IWF in Osteuropa	
<b>Privatwirtschaft in Russland</b> .....	12
Prof. V. Sokolinski analysiert	
<b>Das Interview</b> .....	14
Gespräch mit einer rumänischen Delegation	
<b>Bei uns zu Gast</b> .....	16
Sohn Gamsachurdias sucht Asyl in der Schweiz	

Balkan-Krieg ausbricht. US-Aussenminister Baker sprach am 23. Mai in London erstmals von einer möglichen internationalen Militäraktion gegen die Serben, falls politische, diplomatische und wirtschaftliche Aktionen scheitern sollten.

Diese Wende in der amerikanischen Balkan-Politik kam für die Europäer überraschend. Bisher hat die US-Regierung die Bewältigung der Jugoslawien-Krise als europäische Angelegenheit bezeichnet. Aber Washington hat offensichtlich eingesehen, dass es «billiger» ist, dem serbischen Eroberungskrieg jetzt ein Ende zu machen, als später in einen möglichen Balkan-Krieg mit internationaler Tragweite eingreifen zu müssen.

## Erbe des Ersten Weltkrieges

Es ist ein beschämendes Armutszeugnis für eine gemeinsame europäische Willensbildung, dass die bislang ungehinderte serbische Aggression nur als Flüchtlingsproblem behandelt wurde. Die Ursachen der Massenflucht aus Bosnien und Kroatien — bisher 1,3 Millionen Menschen — zu beseitigen, haben die Europäer ausser mit unwirksamen Wirtschaftssanktionen nicht einmal versucht. Vielmehr suchte man anfangs eher Schuld bei den sich verzweifelt verteidigenden Slowenen und Kroaten für die unprovokierten serbischen Angriffe, bis es in Bosnien-Herzegowina für jedermann klar wurde, dass einzig die Serben dafür verantwortlich sind, was heute im zerfallenen Jugoslawien geschieht.

Hinter dieser Fassade europäischer Tatenlosigkeit verbergen sich bis heute tiefe Meinungsunterschiede darüber, ob ein südslawischer Mehrvölkerstaat weiterbestehen soll. Die Engländer, insbesondere aber die Franzosen, die im Gefolge der Zerschlagung Österreich-Ungarns nach dem Ersten Weltkrieg neben der Tschechoslowakei und Rumänien im Süden Jugoslawien schufen, sind offenbar nicht bereit zuzugeben, dass ihre damalige Friedensordnung die europäische politische Stabilität keineswegs förderte.

Der andere Grund, der vor allem bei der späten Anerkennung Kroatiens und Sloweniens sichtbar wurde, ist die Angst vor der

Ausdehnung der erstarkten Wirtschaftsmacht Deutschland auf dem Balkan, die später nicht ohne politische Konsequenzen bliebe. Doch durch das Hinauszögern härterer Massnahmen gegen Belgrad haben Paris und London — und eine Zeitlang auch Rom — die Serben zu ihrem Eroberungskrieg ermutigt.

«Die Serben in die Knie zwingen», wie es der neue deutsche Aussenminister Kinkel am 24. Mai in Lissabon beim Treffen der EG-Aussenminister forderte, wollen einige Mitgliedstaaten noch immer nicht. Trotz des amerikanischen Vorstosses, notfalls eine Militäraktion gegen Serbien zu erwägen, gelang es Kinkel nicht einmal, einen sofortigen Beschluss über verschärfte Massnahmen gegen Belgrad durchzusetzen. Erst am 27. Mai beschloss die EG unter dem Eindruck des Blutbades von Sarajevo ein umfassendes Handelsembargo gegen Serbien. Schärfere Massnahmen — eine Seeblockade — wurden am 30. Mai in der UNO beschlossen.

## Hoffen auf Kommunisten

Das postkommunistische Regime unter Präsident Milosević in Belgrad und serbische Nationalisten spekulieren jedoch nicht allein auf einige westeuropäische Sympathisanten. Sie gaben die Hoffnung noch immer nicht auf, dass die konservativen Kommunisten in Russland und anderen GUS-Staaten eines Tages mit Hilfe der zu ihnen neigenden Militärs an die Macht zurückkehren und Serbien von seiner fast weltweiten Isolierung befreien werden. Solange die Reformer um Jelzin keine eigenen Streitkräfte haben, um ihre Politik auch mit Waffengewalt verteidigen zu können, dürfte man diese Möglichkeit auch aus den westlichen Planspielen nicht einfach streichen.

Aber die Serben haben in der Welt auch andere Freunde. Hierzu ist zuerst Rumänien zu zählen. Waffennachschub soll Milosević möglicherweise auch aus dem Iran, Libyen und China erhalten. Die UNO-Seeblockade gegen Serbien und seinen einzigen Vasallen Montenegro könnte deshalb nur dann wirksam sein, wenn sich auch Rumänien an die Blockade hält und die serbisch-rumänische Grenze sperrt.

## LIEBE LESER

### Entscheidung in Kosovo oder ...

Wie lange jedoch das Milosević-Regime die serbische Bevölkerung zu diesem grausamen Krieg fanatisieren kann, ist eine offene Frage. Wenn man bedenkt, dass 80 bis 90 Prozent der Wehrpflichtigen der Bundesarmee auf der Flucht oder untergetaucht sind, so sieht man, dass auch die Kriegsbereitschaft der Serben Grenzen hat.

Schon beim nächsten Konflikt, der mit den Albanern in der Provinz Kosovo programmiert ist, kann sich die Lage zuungunsten der Serben ändern. Im Süden Jugoslawiens leben fast drei Millionen Albaner, zwei Millionen davon in der früheren autonomen Provinz Kosovo, der Rest in Mazedonien und Montenegro. Die Albaner in Kosovo, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung 90 Prozent beträgt, hatten sich bereits im September vergangenen Jahres in einem Referendum für die Bildung eines eigenen Staates ausgesprochen.

### ... Internationalisierung des Krieges?

Nachdem die Kosovo-Albaner am 24. Mai ihren Staatspräsidenten und das Parlament

neu gewählt haben, scheint ein Aufstand der Albaner unvermeidlich, zumal seit der Einführung der serbischen Zwangsverwaltung in Kosovo etwa 100 000 Albaner ihre Stelle verloren haben. An der Universität Pristina wurden 20 000 albanische Studenten vom Unterricht ausgeschlossen.

Dass die EG nicht gewillt ist, einen zweiten albanischen Staat, eine «Republik Kosovo», anzuerkennen, wird die Albaner von ihren Forderungen keineswegs abbringen. Und wenn der Bürgerkrieg in Kosovo ausbricht, dann muss man damit rechnen, dass der Konflikt auf Montenegro und Mazedonien übergreift, wo Hunderttausende von Albanern leben. Dass Albanien dabei untätig bleibt, ist kaum wahrscheinlich.

Milovan Djilas, Titos einstiger Kampfgefährte und späterer Gegner, mahnt die Europäer: Wenn die Gemeinschaft jetzt nicht sehr energisch und entschlossen auftritt, muss sie mit einem grösseren balkanischen Konflikt rechnen – mit einer Teilnahme von Albanien und Bulgarien. Auch für Djilas ist der Hauptverantwortliche für den blutigen Konflikt der serbische Präsident Milosević. ■

Wider Erwarten haben die Dänen in einem Referendum die Maastrichter Verträge abgelehnt – mit 50,7 gegen 49,3 Prozent oder 23 000 Stimmen Differenz. Hierzulande wird dieses «Veto» je nach politischer Ausrichtung auf die eine oder andere Art interpretiert: Die Befürworter eines EG-Beitritts der Schweiz sehen im dänischen Entschieden Beweis eines auch auf europäischer Ebene funktionierenden Föderalismus, und auch die Gegner fühlen sich bestärkt und argumentieren, Regierungen und Parlamente würden am Volk vorbeipolitisieren.

Wie immer man selber zur europäischen Integration steht, eines scheint sicher: Das «Veto» des dänischen Volkes dürfte Ausdruck jener Angst vor Zentralismus und Bürokratie sein, die auch die osteuropäischen Völker dazu treibt, sich auf ihre nationalen Eigenschaften und Werte zu besinnen. Eine Angst, die (wie im einstigen Jugoslawien oder in Teilen der ehemaligen Sowjetunion) zu militantem Nationalismus und kriegerischen Auseinandersetzungen geführt hat, unter denen vor allem die Zivilbevölkerung zu leiden hat.

Nun wird es im westlichen Teil Europas kaum zu solchen Explosionen kommen – dafür sorgen schon die seit Jahrzehnten praktizierten Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und nicht zuletzt die angemessene Berücksichtigung der Minderheiten in den jeweiligen Staaten. Gleichwohl aber müsste «Brüssel», vorab die beiden Grossen Frankreich und Deutschland, den dänischen Entscheid als einen Fingerzeig beherzigen.

Offenbar haben mit dem Umbruch im Osten wohl zusammenhängende politische und wirtschaftliche Unsicherheiten, die sich möglicherweise noch verschärfen werden, zur Skepsis an der Basis gegenüber dem europäischen Integrationsprozess geführt. Das müsste «Brüssel» davon überzeugen, dass vor allem die Anliegen der «Kleinen» mehr Berücksichtigung finden sollten. Begrüssenswert wäre deshalb, wenn der dänische Entscheid die Weichen für den EG-Zug in Richtung mehr politische Vielfalt in einem vereinten Europa stellen würde. Ein Europa der Regionen, des Föderalismus und der Demokratie wäre das Ziel.

Monika Scherrer

